

PRESSEMITTEILUNG

„Ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich für Demokratie engagieren“

Bürger.Courage e.V.
Prießnitzstraße 18
01099 Dresden

presse@buerger-courage.de
www.buerger-courage.de

Bürger.Courage übt scharfe Kritik an den Kürzungsplänen bei Programm gegen Rechtsextremismus

23. November 2012

Die Dresdner Initiative Bürger.Courage kritisiert die sächsische Regierungskoalition und die Staatsregierung scharf für die Pläne, die Mittel für Demokratieinitiativen aus dem Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ drastisch zu kürzen.

„Was Koalition und Regierung hier veranstalten, ist der pure Hohn“, sagt der Vereinsvorsitzende Christian Demuth. „Erst wird bekannt, dass CDU und FDP Veränderungen beim Weltoffenen Sachsen wollen, durch die die Hälfte der Initiativen für Demokratie in ihrer Existenz bedroht ist. Und am nächsten Tag erklärt der Ministerpräsident, er nähme das Problem des Rechtsextremismus in Sachsen schon immer ernst und sei mit den Demokratieinitiativen im Gespräch. Entweder wollen CDU und FDP die sächsischen Initiativen für dumm verkaufen. Oder es gibt hier kein abgestimmtes Handeln in der Regierungskoalition“, so Demuth. Beides sei angesichts der aktuellen Daten zu rechtsextremen Einstellungen und der NSU-Morde nicht akzeptabel.

„Die faktischen Kürzungen wären ein Schlag ins Gesicht aller, die sich in Sachsen seit Jahren für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren. Wir hoffen auf die Einsicht von Minister Ulbig. Er weiß eigentlich, welche wichtige Rolle die Initiativen spielten.“ Manchen in den Landtagsfraktionen von CDU und FDP seien die Demokratieinitiativen schon lange ein Dorn im Auge, weil sie das Handeln der Staatsregierung oft kritisch begleiten.

Demuth betonte, es sei gut, wenn Feuerwehren oder Katastrophenschutz mehr gegen rechtsextreme Einstellungen unternehmen würden. „Aber dafür in Zeiten rechten Terrors die Demokratieinitiativen zu schleifen, würde den Kampf gegen Rechts um Jahre zurückwerfen. Wir machen Ministerpräsident Tillich und Innenminister Ulbig persönlich dafür verantwortlich, wenn Sachsen deswegen wieder in Verruf kommt.“

Gestern war bekannt geworden, dass CDU und FDP Änderungsanträge in den Verhandlungen zum sächsischen Doppelhaushalt einbringen wollen, nach denen ein großer Teil der Gelder des „Weltoffenen Sachsen“ den Bereichen Katastrophenschutz, Wasserrettung, Kinderschutz, Religion, Sport und Jugendfeuerwehren vorbehalten bleiben. Ministerpräsident Stanislaw Tillich erklärte gleichzeitig in einem Interview mit der ZEIT, „das Problem des Rechtsextremismus nehmen wir in Sachsen immer schon sehr ernst.“